

Kernprojekt IV/1: Ursachen der wechselnden Beteiligung demokratischer Staaten an Kriegen seit 1990

Gegenstand

Das Projekt soll einen Beitrag zur Kritik und Weiterentwicklung der Theorie des „demokratischen Friedens“ leisten. Während diese Theorie aufgrund durchaus plausibler Argumentationen unterstellt, dass Demokratien zu einer relativ friedlichen Außenpolitik neigen, zeigt die Empirie, dass Demokratien seit 1990 recht häufig an militärischen Konflikten beteiligt sind (z.B. „humanitäre Interventionen“ und „Weltordnungskriege“). Jedoch hat es in diesen Konflikten keine einheitliche Verhaltensweise der Demokratien gegeben. Vielmehr ist eine erhebliche Varianz in der Beteiligung von Demokratien an diesen Kriegen und ihrer Rechtfertigung zu beobachten, so dass Zweifel berechtigt sind, ob die demokratische Organisation von Herrschaft ausreicht, um das außen- und sicherheitspolitische Verhalten tatsächlich, wie von der Theorie vermutet, zu bestimmen. Vor diesem Hintergrund soll das Projekt durch die vergleichende Analyse von Entscheidungsprozessen und öffentlichen Debatten im Vorfeld von ausgewählten Militäreinsätzen seit 1990 zunächst untersuchen, wodurch die von der Theorie herausgearbeiteten nutzenbedingten, normativen und institutionellen Kriegshemmnisse in Demokratien neutralisiert werden. Zugleich soll aufgeklärt werden, wie es zu den starken Unterschieden im Außenverhalten der Demokratien kommt, denn nicht alle Demokratien verhalten sich gleichermaßen friedlich oder gleichermaßen interventionsbereit. Das Projekt prüft daher, ob in den drei Faktoren *Machtposition* im Internationalen System, *Allianzzugehörigkeit* und *Rollenauslegung* mögliche Ursachen für diese wechselhafte Interventionsneigung der einzelnen Demokratien liegen. Gegenstand der vergleichenden Fallstudien sind die Demokratien Australien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Schweden und USA.

Stand der Forschung

Die Forschung zum „demokratischen Frieden“ begann in den frühen 1980ern noch etwas zögerlich¹, zwanzig Jahre später ist jedoch eine ganz erhebliche Differenzierung, Ausweitung und Fortentwicklung des Forschungsprogramms festzustellen. Dennoch hat die ausufernde Literatur zum „demokratischen Frieden“ ein Kernproblem noch immer nicht gelöst: Sie konnte noch keine überzeugende, konsistente, theoretische Erklärung für den sog. Doppelbefund – Demokratien führen gegeneinander (fast) keine Kriege, sind aber ähnlich häufig wie andere Herrschaftstypen in Kriege verwickelt – finden (Geis 2001; Hasenclever 2003). Monadische Versionen der Theorie behaupten, dass Demokratien in ihrem Außenverhalten generell friedlicher seien als andere Herrschaftstypen (unabhängig vom Interaktionspartner), dyadische Theorien unterstellen Friedfertigkeit nur in der Interaktion mit anderen Demokratien (Russett/Starr 2000: 94-102). Eine bedeutsame Neubewertung der lange Zeit sehr kritisch betrachteten monadischen Theorien zeigt, dass der Forschungsbedarf hier nach wie vor hoch ist.²

-
- 1 Zu den Anfängen der Forschung siehe die Überblicke bei Ray (1995: 10-21), Chan (1984, 1997: 60-62). Wichtige frühe Studien: Rummel (1979, 1983), die Wiederentdeckung von Kant durch Czempiel (1981, 1986) und Doyle (1983a,b, 1986). Zentrale Studien der ersten Hälfte der neunziger Jahre dann Bremer (1992), Bueno de Mesquita/Lalman (1992), Hagan (1994), Maoz/Russett (1992, 1993), Morgan/Campbell (1991), Russett (1993), kritisch Cohen (1994).
 - 2 Die Gültigkeit der monadischen Variante behauptete lange Zeit nur eine Minderheit (Benoit 1996, Czempiel 1996, Ray 1995, Rummel 1979, Siverson 1995), neue Indizien jetzt bei Ray (2000: 300-304), Russett/Oneal (2001: 95f, 116, 122) und Russett/Starr (2000: 97). Ganz nachdrücklich einen Trend hin zur monadischen Variante erkennt jüngst MacMillan (2003).

Die fehlende konsistente theoretische Erklärung wie auch die mangelnde Verknüpfung der Theorien ist zum einen darauf zurückzuführen, dass ein solches sozial(wissenschaftlich)es Großphänomen wie der „demokratische Frieden“ unweigerlich „überdeterminiert“ ist, d.h. eine Vielzahl von verursachenden Variablen ein solches Ergebnis hervorbringt (Russett/Starr 2000: 100). Zum anderen hat sich die US-dominierte Forschung überwiegend quantitativen Forschungsmethoden verschrieben (Levy 2001: 361f), die zwar unablässig unterschiedliche Datensätze produzieren und „sparsame“ Erklärungsmodelle zum Ziel haben, jedoch a) nur Korrelationen zum Vorschein bringen, keine Kausalitäten, und b) häufig modellinterne Eleganz gegenüber empirischer Plausibilität prämiieren. Aus diesem Grund wird immer wieder die Durchführung von vergleichenden qualitativen Fallstudien angemahnt, um den vermuteten Kausalzusammenhängen besser auf die Spur zu kommen und ihre komplexen Wirkungsbedingungen hinreichender zu spezifizieren (u.a. Bennett/George 1997, Elman 1997a, Risse-Kappen 1995). Diese Aufforderung findet jedoch in der quantitativ orientierten US-Forschung nur wenig Widerhall.

Das beantragte Projekt soll nun gerade solche angemahnten vergleichenden qualitativen Fallstudien durchführen. Indem unterschiedliche „demokratische Wege in den Krieg“ analysiert werden, kehren wir zu den ungelösten Kernfragen der rund zwanzigjährigen wissenschaftlichen Debatte über den DF zurück: Warum sind Demokratien in der internationalen Politik verhaltensauffällig? Wieso halten sie untereinander Frieden, aber nicht – wie angesichts ihrer häufigen Kriegsbeteiligung allein seit 1990 offensichtlich ist – gegenüber Nichtdemokratien? Mit anderen Worten: Warum gilt die monadische Hypothese, dass Demokratien generell friedfertiger sind, *prima facie* nicht, aber die dyadische Hypothese, dass sie untereinander friedlich sind? Da beide Varianten auf den gleichen Kausalzusammenhängen beruhen, ist es eine vordringliche und ungelöste Forschungsaufgabe, wieder direkt an der Analyse der Kausalzusammenhänge anzusetzen. Zugleich müssen in diesem Zusammenhang auch bessere Erklärungen für die Frage entwickelt werden, warum im Krisenverhalten von Demokratien empirisch eine starke Varianz zu beobachten ist: Es gibt Demokratien, die sich selten oder nie an Militäreinsätzen beteiligen, andere dafür besonders häufig (z.B. Frankreich, Großbritannien, USA; siehe Chojnacki 2003). Dann wiederum wird eine bestimmte Demokratie in einem prominenten Konfliktfall militärisch aktiv, in einem anderen nicht (z.B. war Deutschland im Kosovo-Krieg beteiligt, im Irak-Krieg 2003 nicht). Wie ist diese *wechselhafte* Interventionsneigung von Demokratien zu erklären? Um zur Erhellung dieser entscheidenden Frage beizutragen, führt das Projekt detaillierte vergleichende Analysen von Entscheidungsprozessen und Rechtfertigungsdiskursen im Vorfeld von Militäreinsätzen reifer Demokratien durch. Im jetzigen Stadium der DF-Forschung erscheint es geboten, die begrenzte Reichweite der liberalen Theorie zu markieren, d.h. die Bedingungen zu klären, unter denen die unterstellten Kausalzusammenhänge des DF greifen bzw. außer Kraft gesetzt werden (vgl. schon Elman 1997a: 40-42, 1997b: 488-493).

Erklärungen des demokratischen Friedens: Bilanz, Defizite und Ansatzpunkte des Projekts

Frühe Studien zum DF waren noch stark von der Frage bestimmt, ob der statistische Befund, dass Demokratien gegeneinander keine Kriege führen, robust war, oder ob nicht vielmehr durch die allzu flexible Handhabung von Definitionen von „Demokratie“ und „Krieg“ sowie durch Verwendung fragwürdiger Datensätze und Codierungen „Ausnahmefälle“ weg erklärt wurden (Spiro 1994; Layne 1994; Ray 1995). Nach der frühen Kontroverse um methodische Fragen konnte sich die Forschung nach der Ermittlung des „Ob“ verstärkt dem „Warum“ der Abwesenheit von Krieg zwischen Demokratien zuwenden. Daraus folgte die Kontroverse um die Erklärungsversuche des DF, die bis heute trotz der enormen Ausdehnung der Forschung auf immer neue Felder (Demokratisierung und internationale Konfliktneigung, ökonomische Interdependenz und Frieden, internationale Institutionen und Frieden, siehe als Überblick Russett/Oneal 2001) als ungelöst zu betrachten ist.

Die Defizite der drei „klassischen“ Erklärungsstrategien (normativ-kulturell, utilitaristisch, institutionalistisch-strukturell)³ bilden schließlich auch den Ausgangspunkt des Projekts, das jedoch nicht nur zur Kritik der DF-Theorie beitragen soll, sondern in konstruktiver Perspektive auch zu deren Weiterentwicklung.

(i) normativ-kulturelle Erklärungen:

Ausgangspunkt dieser Erklärungen ist die Beobachtung, dass demokratische Systeme sich vor allem durch die friedliche Lösung von innergesellschaftlichen Konflikten auszeichnen. In ihnen herrscht ein normativer Grundkonsens, der auch in Krisensituationen dafür sorgt, dass die demokratischen Normen wie Achtung der Gesetze, faire Partizipation des Einzelnen, Achtung der Minderheiten u.a. nicht verletzt werden. Demokratische politische Akteure sind in Kompromissbildung geübt und lehnen Gewalt als Mittel der Konfliktlösung ab. Der Analogieschluss (die sog. Externalisierungsthese) besagt nun, dass demokratische Politiker dieses friedfertige, kompromissorientierte Verhalten auch nach außen, in die Sphäre der internationalen Politik, wenden (Russett 1993: 30-38). Dieses Außenverhalten der Politiker wird durch die normativen Überzeugungen der Masse der Bürger gestützt, die ebenfalls durch die gewaltarme politische Kultur des demokratischen politischen Prozesses sozialisiert werden, und die aus moralischen Gründen Gewalt gegen die Bürger anderer Staaten verabscheuen.

Mit der Externalisierungsthese kann offensichtlich nicht der Doppelbefund des DF erklärt werden, denn die Erklärung lässt ein konsistent friedliches Verhalten von Demokratien gegenüber allen anderen Staaten erwarten.⁴ Probleme bereitet der normativ-kulturellen Erklärung auch der Charakter manch interdemokratischer Begegnung auf internationaler Ebene: So ist zunächst rätselhaft, warum es sogar zwischen Demokratien zu Interventionen und militarisierten Disputen kommt (vgl. Nielebock 1993, Kegley/Hermann 1996, 2001, Turcs 2001). Mögliche Interpretationen sind, dass in solchen Fällen einer der Staaten noch keine Demokratie war, oder aber, dass es sich um junge, instabile Demokratien handelt, in denen die demokratischen Normen friedlicher Konfliktbeilegung noch nicht tief genug in der politischen Kultur verankert sind (so z.B. Hensel u.a. 2000: 1187).

3 Als vierte Kategorie von Erklärungen werden gelegentlich noch eigens konstruktivistische Ansätze unterschieden. Da diese letztlich jedoch auf den vorgenannten drei Kausalzusammenhängen aufbauen, sind sie gleichsam als Derivat zu behandeln und zumindest für unser Projekt, das sich auf die Problematisierung der drei „klassischen“ Kausalzusammenhänge konzentriert, zu vernachlässigen. Sozialkonstruktivistische Perspektiven auf den interdemokratischen Frieden präsentieren Hermann/Kegley (1995), Owen (1997), Peceny (1997), Risse-Kappen (1995), Schrader (2003), Starr (1997). Auch sozialkonstruktivistische Ansätze weisen Mängel bezüglich einer durchgängig konsistenten Erklärung des Doppelbefunds auf (dazu Geis 2001: 289-291, Hasenclever 2003: 214f).

4 Konstruktivistische Studien weisen bezüglich des Doppelbefunds auf die Bedeutung von (wechselseitigen) Fehlwahrnehmungen hin, die für die Eskalation eines Konflikts auch verantwortlich sein könnten, vgl. Owen (1995), Peceny (1997), Kahl (1998/99).

Das beantragte Projekt bestreitet trotz der angedeuteten Defizite nicht die prinzipielle Plausibilität des normativ-kulturellen Arguments, hält dessen Explikation in der bisherigen DF-Forschung gleichwohl für unterentwickelt und in seinen potenziell paradoxen Konsequenzen noch für zu wenig problematisiert. Zum ersten ist aus der politischen Theorie bekannt, dass moralische Einstellungen nicht zu eindeutigen Handlungen führen müssen und dass es in normativer Hinsicht in pluralistischen Gesellschaften unvermeidlich zu Wertkonflikten und Rechtsgüterabwägungen kommt (vgl. Giegel 1999, Willems 2003). Solche Wertkonflikte zeigen sich nun insbesondere in der öffentlichen Diskussion über den Einsatz von Militärgewalt. In diesen außenpolitischen Krisen gibt es moralisch „zweideutige“ Situationen, in denen sich die betreffende bzw. betroffen fühlende demokratische Öffentlichkeit darüber verständigen muss, welches das angemessene internationale Handeln ihres Staates als moralisch verantwortlicher und in internationalen Organisationen engagierter Akteur sein soll. Gerade aus dem moralischen Selbstverständnis von Demokratien heraus könnten diese in Zukunft eine höhere Kriegsneigung entwickeln als andere Herrschaftstypen.

Zum zweiten sind Werte und Normen wie Vertragstreue und Beistandspflicht gerade in reifen demokratischen Staaten hoch geachtet und kommen auf internationaler Ebene insbesondere in Bündnissen (z.B. NATO) und supranationalen Organisationen (z.B. EU) zum Ausdruck. Nun kann für den einzelnen Mitgliedsstaat aber gerade aus solchen zivilen Normen heraus auch ein mehr oder minder starker Handlungszwang resultieren, sich an den militärischen Aktionen anderer Mitgliedsstaaten zu beteiligen. Nicht zuletzt in internationalen Krisen dürften demokratische Regierungen von befreundeten Staaten Zeichen der Bündnistreue, Loyalität und Verlässlichkeit erwarten - im Sinne einer „logic of appropriateness“ (March/Olsen 1989) könnten solche Erwartungen dann eine starke Verpflichtungswirkung auf einen anderen demokratischen Staat ausüben, sich entsprechend zu verhalten.

Die DF-Forschung hat es bislang versäumt, die widersprüchlichen (hier: kriegsfördernden) Wirkungen von liberal-aufgeklärter politischer Kultur und moralischen Überzeugungen von Akteuren in ihre Analysen zu integrieren. Aus diesem Grund analysiert und systematisiert das Projekt vergleichend die Rechtfertigungsmuster in den öffentlichen Debatten über anstehende Militäreinsätze. Es wird zu prüfen sein, ob - und gegebenenfalls warum - in unterschiedlichen Demokratien unterschiedliche Argumente besonders „resonant“ sind oder ob sich die Rechtfertigungsfiguren gleichen. Das Projekt geht dabei zunächst von der plausiblen sozial-konstruktivistischen Überlegung aus, dass internationale Rollenerwartungen – die neben Fremdzuschreibungen auch Elemente der Selbstzuschreibung, d.h. Identitätsaspekte der jeweiligen nationalen Gemeinschaft, beinhalten – für das Außenverhalten von Staaten einen wichtigen Erklärungsfaktor darstellen (vgl. Kirste/Maull 1996, Frenkler u.a. 1997, Maull/Stahl 2002). Dadurch lässt sich möglicherweise auch die auffällige Varianz im Außenverhalten einzelner Demokratien besser erläutern. Die Bedeutung von Rolle und politischer Kultur ist von der DF-Forschung bislang vernachlässigt worden, da sie alle Demokratien als „Black Boxes“ behandelt hat.

(ii) *utilitaristische Erklärungen:*

Unter diese Kategorie lassen sich sehr unterschiedliche Ansätze fassen, die häufig in der Anwendung formaler Modelle münden (vgl. Chan 1997: 79-82, Russett/Starr 2000: 102-104). Klassischerweise geht das Kernargument auf Kants vielzitierte Friedensschrift (1777/1795) zurück, in der behauptet wird, dass das bürgerliche Individuum kein Interesse an Kriegsabenteuern habe und primär an der friedlichen Wohlstandsmehrung interessiert sei. Aggressive Außenpolitik und die menschlichen wie materiellen Kosten eines Krieges schaden den Wohlfahrtsinteressen nur, daher würden sich die Bürger – außer im Verteidigungsfall – gegen Krieg entscheiden, sofern sie an den Entscheidungsprozessen über Krieg und Frieden auch beteiligt sind (vgl. Czempiel 1996). Utilitaristische Ansätze gehen daher von zwei Prämissen aus: Erstens, dass die Bürger aufgrund von Kosten-

Nutzen-Kalkülen gegen gewaltsame Außenpolitik eingestellt sind und dass zweitens demokratische Regierungen primär an ihrer Wiederwahl interessiert sind. Da Regierungen gegenüber Wählern, der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Opposition unter permanentem Rechtfertigungszwang stehen, folgt aus diesem rationalen Kalkül demokratischer Regierungen, dass sie in ihrer Außenpolitik die friedliebenden Präferenzen der Bürger berücksichtigen müssen, wenn sie im Amt bleiben wollen (Siverson 1995, Bueno de Mesquita u.a. 1999, Huth/Allee 2002a).

Aus diesen Prämissen speisen sich auch Ansätze, die als „democratic efficacy school“ bezeichnet worden sind (Gelpi/Grieco 2001: 795-797, vgl. Harnisch 2002: 20-21) und sich mit der empirischen Beobachtung beschäftigen, dass Demokratien in der historischen Bilanz die Kriege, an denen sie beteiligt sind, häufiger gewinnen und in ihnen weniger Opfer zu beklagen haben (Reiter/Stam 2002, Desch 2002). Zwar ist denkbar, dass diese empirische Bilanz Demokratien dazu verleiten könnte, häufiger Kriege zu führen, weil sie erwarten dürfen, dass sie diese dann auch zu „gewinnen“ – die hier angebotenen Erklärungen vermögen jedoch nicht zu überzeugen: So fürchteten zum einen demokratische Regierungen stärker als autokratische Führer die persönlichen Konsequenzen eines Amtsverlusts, wenn sie einen Krieg verlören und aus diesem Grund „strengten“ sich Demokratien in Kriegen besonders an. Da demokratische Führer aber schlimmstenfalls nur ihre Abwahl befürchten müssen, Autokraten aber durchaus mit dem Verlust ihres Lebens zu rechnen haben, erscheint diese Argumentation fragwürdig. Zum anderen wird demokratischen Regierungen eine überlegene Fähigkeit der gesellschaftlichen Ressourcenmobilisierung zugeschrieben, was aber empirisch nicht unbedingt plausibel ist. Denn die große Anzahl von „Veto-Spielern“ und „Stake-Holders“ in demokratischen Systemen lässt es zweifelhaft erscheinen, dass in Demokratien Ressourcen besonders schnell an solchen Akteuren vorbei organisiert werden könnten.

Angesichts der nunmehr reichlich vorhandenen spieltheoretischen Modellierungen zum Kosten-Nutzen-Kalkül setzt das Projekt bewusst einen Schritt vorher an und geht der in der DF-Forschung nicht mehr weiter reflektierten Unterstellung nach, dass demokratische Bürger aus utilitaristischen Gründen mehrheitlich gegen Krieg eingestellt seien. Diese Annahme zeigt sich blind gegenüber jüngeren Entwicklungstrends von Wehr- und Allianzstrukturen sowie der Rüstungstechnik in westlichen Demokratien, die das Kosten-Nutzen-Kalkül von Bürgern auch erheblich verändern können.⁵ Die Kosten eines Krieges könnten durch Senkung der Opferzahlen (in Folge der „Revolution in Military Affairs“), durch Verteilung der materiellen Lasten innerhalb von Allianzen oder internationalen Organisationen sowie durch verstärkten Einsatz von Berufsarmeeinheiten/Spezialtruppen dergestalt von den Bürgern wahrgenommen werden, dass sie zumindest keine grundsätzliche Ablehnung von Militäreinsätzen mehr zur Folge haben. Zudem erscheint die der realistischen Theorie entlehnte Annahme plausibel, dass die Machtposition eines Staates dessen Kosten-Nutzen-Kalküle beeinflussen können.

Um der übergreifenden Frage nach den veränderlichen bzw. bereits veränderten Kosten-Nutzen-Kalkülen in Demokratien nachzugehen, sucht das Projekt (neben der Konsultation dazu einschlägiger Sekundär-Literatur) in den vergleichenden Analysen der öffentlichen Debatten nach Argumentationsfiguren, die Kosten-Nutzen-Kalküle in politischer, volkswirtschaftlicher und „humanitärer“ (Opferzahl und Opfersensibilität) Hinsicht zum Inhalt haben.

(iii) *institutionalistisch-strukturelle Erklärungen:*

Solche Erklärungen vermuten in den besonders komplexen institutionellen Arrangements von demokratischen Systemen wirksame Verhinderungsmechanismen, insofern durch diese übereilte oder einsame Entscheidungen einer Akteursgruppe für einen Militäreinsatz vereitelt werden. Da

⁵ Zu „Revolution in Military Affairs“ (RMA) siehe Müller/Schörnig (2001, 2002), Mölling/Neuneck (2002), Coker (2002), zu Wehrstrukturen siehe Kuhlmann/Callaghan (2000), Müller (2000).

sich demokratische politische Akteure in vielfältigen *checks and balances* bewegen, werden ihre Autonomie und ihre Fähigkeit der Ressourcenmobilisierung stark eingeschränkt. Demokratische Entscheidungsprozesse sind langsame Prozesse, da zunächst viele Akteure anzuhören, zu beteiligen und Kompromisse mit ihnen auszuhandeln sind (vgl. Morgan/Campbell 1991, Maoz/Russett 1993). Insbesondere die durch Medien vermittelte öffentliche Meinung zwingt zu intensiveren Debatten über wichtige politische Probleme. Während institutionelle Erklärungen Demokratien Schwerfälligkeit und dadurch erzwungene „Besonnenheit“ unterstellen, werden die Herrscher von Autokratien als institutionell weitgehend ungezügelt modelliert, die sehr rasch und von möglichen Veto-Gruppen ungestört militärisch handeln können. In internationalen Kriseninteraktionen sollen sich diese behaupteten Unterschiede dann so auswirken, dass Demokratien in Konflikten untereinander von einem Zeitgewinn durch ihre komplexen Entscheidungsprozesse profitieren und so Raum für friedliche Konfliktbeilegung geschaffen wird (Dixon 1994, Dixon/Senese 2002). Treffen Demokratien aber auf Autokratien, müssen jene ihre Reaktion beschleunigen, um den „schnellen“ Antipoden nicht unterlegen zu sein; es kommt hier eher zum gewaltsamen Konfliktaustrag (vgl. Maoz/Russett 1993: 626).

Gegen institutionalistische Erklärungen ist eingewandt worden, dass zum einen auch nichtdemokratische Systeme mitunter erhebliche Autonomiebeschränkungen ihrer Führer hervorbringen (Morgan/Campbell 1991: 192, Gowa 1995: 518, Elman 1997a: 31f). Zum anderen sind die *checks and balances* und damit die Strukturen der Vermittlung und Durchsetzung von Interessen in unterschiedlichen Demokratietypen auch unterschiedlich ausgeprägt. Es gibt sog. „starke“ und „schwache“ Staaten auch unter den Demokratien (Risse-Kappen 1994: 374, 1991), so dass hier zunächst eine Differenzierung nach Demokratietypen geboten erscheint (vgl. Elman 1997, 2000; Auerswald 2000). Mit dem institutionellen Argument allein kann man offensichtlich nicht erklären, warum es in der Interaktion mit Autokratien nur selektiv zur Gewaltanwendung kommt.

Mit Blick auf die Fragestellung unseres Projekts müssen mehrere problematische Annahmen des institutionellen Kausalmechanismus näher untersucht werden. Die institutionelle Erklärung baut zunächst auf der oben erörterten utilitaristischen Erklärung auf, insofern sie unterstellt, dass demokratische *Bürger* gleichsam natürlich unveränderliche friedliche Präferenzen haben. Daher führten Staaten nur deshalb Krieg, weil ihre *Regierungen* kriegsbereit seien und übermäßige Handlungsspielräume ausnutzten, um gegen den Willen ihrer Bevölkerung Krieg zu führen oder aber die Bürger bewusst durch Täuschung und Manipulation von Information hinter das Licht führten. Mögen Überlegungen zur institutionell bedingten Schwerfälligkeit von Demokratien im Hinblick auf Überraschungsangriffe eine Berechtigung haben, so sind diese irrelevant in Bezug auf die im Projekt ausgewählten Konflikttypen seit 1990. Die hier untersuchten „Weltordnungskriege“ und „humanitären Interventionen“ (Zweiter Golfkrieg 1991, Kosovo-Krieg 1999 und Irak-Krieg 2003) waren keine Überraschungsangriffe von Demokratien, sondern ihnen gingen ausführliche nationale und internationale Debatten voraus – die Debatten und Entscheidungsprozesse in den Demokratien waren hinreichend transparent, so dass die Gegner der Demokratien sich auf die Intervention bzw. den Angriff vorbereiten konnten bzw. vermutlich auch noch Zeit hatten, friedliche Lösungen auf Verhandlungswege oder durch militärischen Rückzug herbeizuführen. Weiterhin sind die von uns untersuchten Konflikte durch stark asymmetrische Machtverhältnisse gekennzeichnet (vgl. Münkler 2002: 218-221) und keine Demokratie wurde ohne Verbündete militärisch aktiv. Das Projekt kann daher die Problematik von starken und schwachen Staaten unter den Demokratien, vom Ausmaß von exekutiven Handlungsspielräumen⁶ und Fähigkeit zur Ressourcenmobilisierung ver-

6 Aus diesem Grunde sind auch die DF-Studien von Elman (1997, 2000), Prins/Sprecher (1999) und Auerswald (2000), die als einzige die „Black Box“ Demokratie geöffnet haben, hier nicht anschlussfähig. Diese Studien sind an den Handlungsspielräumen von Exekutiven interessiert und klassifizieren die friedlichen Präferenzen der Bürger als konstant, während das Projekt einen Schritt vorher ansetzt: wie es überhaupt zur Bildung bzw. auch zur Veränderung dieser Präferenzen (über die öffentliche Debatte) kommt.

nachlässigen und muss sich stattdessen um so intensiver den Vorkriegsdebatten in den Demokratien zuwenden. In diesen Debatten wird zu analysieren sein, welche Präferenzen für oder wider einen bestimmten Militäreinsatz die Eliten (im Mediendiskurs) und die Bürger (in Meinungsumfragen, Demonstrationen u.a.) zu Beginn einer Debatte erkennen ließen, ob und ggf. warum sich diese im Laufe der Debatte geändert haben und wie die Regierung sich jeweils positioniert hat.

Dabei ist jedoch eine weitere Möglichkeit näher in Betracht zu ziehen, die nur in einigen Versionen der monadischen Theorie angesprochen worden ist: Die Literatur unterstellt in der institutionalistischen Begründung im Allgemeinen, dass demokratische Institutionen als wirksame „Transmissionsriemen“ aufzufassen sind – dass die erkennbaren Mehrheitspräferenzen in einer demokratischen Gesellschaft also auch in eine entsprechende politische Entscheidung umgesetzt werden. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass eine Regierung den Mehrheitswillen übergeht; monadische Theoretiker versuchen dies mit der Hypothese abzufangen, dass in diesem Falle die Demokratie defizitär sei (z.B. Czempiel 1996). Jedoch ist denkbar, dass der von der monadischen DF-Literatur für die Außenpolitik unterstellte demokratische Prozess-Mechanismus „friedlicher Mehrheitswille - Responsivität der Regierung – Regierungsentscheidung gegen Kriegseinsatz“ (vgl. Huth/Allee 2002a) im betreffenden Falle auch bei weitgehend funktionierenden demokratischen Institutionen außer Kraft gesetzt werden konnte:

- Die Regierung könnte sich für den militärischen Einsatz entschieden haben, weil sie außenpolitische Belange (z.B. „Bündnisfähigkeit“) höher bewertete als die eigene Wiederwahl.
- Die Regierung könnte keine Sanktionen an der Wahlurne befürchtet haben,
 - weil das Thema „auswärtiger Militäreinsatz“ nur eines von mehreren Themen auf der politischen Agenda war und von den Wählern als nachrangig gegenüber innenpolitischen Themen eingestuft wurde;
 - oder weil Wahlen noch weit entfernt waren (vgl. Gaubatz 1999);
 - oder weil die Regierung aufgrund von Amtszeitbeschränkungen ohnehin nicht wieder gewählt werden konnte.
- Die Regierung könnte die Präferenzen der Bürger oder Eliten falsch eingeschätzt haben; diese Möglichkeit verliert unter den gegenwärtig herrschenden Bedingungen einer „Mediendemokratie“ (Meyer 2001) und der zentralen Bedeutung von Demoskopie (Gallus/Lühe 1998) allerdings zunehmend an Plausibilität.

In denjenigen Fällen, in denen die demokratischen Institutionen nicht als Transmissionsriemen einer Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung funktionieren, werden wir in den Entscheidungsprozessen und Diskursen nach Anhaltspunkten dafür suchen, welche dieser Möglichkeiten die Regierungsentscheidung in der „abweichenden“ Richtung geprägt hat.

Forschungskonzept

Das Projekt setzt sich intensiv mit den unterstellten Kausalzusammenhängen des DF und ihren oben identifizierten Schwächen auseinander; dadurch strebt es einen weiterführenden Beitrag zu der in der Forschung bislang noch nicht geleisteten Eingrenzung der Geltungsbedingungen dieser Erklärungsmuster an. Aus diesem Erkenntnisinteresse folgt in methodischer Hinsicht eine qualitative Forschungsmethodik. Damit soll keine feindliche Abgrenzung zur dominanten quantitativen Forschung des DF angezeigt werden, da diese für die DF-Debatte nach wie vor ihre Berechtigung und Vorzüge hat (vgl. Bennett/George 1997, auch Hasenclever 2002). Zudem enthält auch die im Projekt vorgesehene qualitative Methodik selbst quantitative Elemente (bei der Inhaltsanalyse) bzw. greift auf die Auswertung quantitativer Daten zurück (bei der Verwendung von Meinungsumfragen

anerkannter Meinungsforschungsinstitute). Vergleichende Fallstudien können am ehesten den grundlegenden Problemen der DF-Theorien begegnen, die in ihrer Multi-Kolarität (d.h. Variablen sind nicht unabhängig, sondern treten gleichsam immer gemeinsam auf) und in der Überdeterminiertheit des Phänomens (d.h. es gibt mehr erklärende Variablen als Beobachtungen) liegen. Das Projekt führt systematisch vergleichende Fallstudien zu Konflikten des Zeitraumes 1990-2003 durch. Dafür gibt es zwei Gründe: Für die Zeit vor 1945 besteht die Möglichkeit, dass ideologische Residuen aus der vordemokratischen Epoche in Demokratien weiterwirkten. In der Phase des Kalten Krieges kann das Verhalten der Demokratien (a) durch die geopolitischen Risiken der Geländegewinne des strategischen Gegners in Richtung auf größere Kriegsbereitschaft und (b) durch das nukleare Risiko in Richtung auf geringere Kriegsbereitschaft verzerrt worden sein. Erst die Periode nach 1990 setzt mit der Beseitigung dieser Risiken gewissermaßen ein Experiment frei, in dem sich demokratische Motivation ohne solche Verzerrungen und mit präzedenzlos gewachsener Handlungsfreiheit in Politik umsetzen kann. Sie bietet den für die Ziele dieses Projekts bei weitem geeignetsten Untersuchungszeitraum, da offenkundig ist, dass sich seit 1990 die Koordinaten des Internationalen Systems grundlegend gewandelt haben.

Definitionen und Operationalisierungen

Definitionen „Demokratie“ und „Krieg“

Die Vielzahl und die Schwächen von Demokratiedefinitionen sind häufig problematisiert worden (vgl. Schmidt 2000). Die Forschung zum demokratischen Frieden stützt sich zumeist auf relativ „schlanke“ Definitionen, wie sie in den international gebräuchlichen Demokratie-Messskalen verwendet werden.⁷ Obwohl diese Messskalen trotz weiterer Verbesserungen mit Schwächen behaftet bleiben, folgen wir bei der Fallauswahl der Definition des viel verwendeten Polity-IV-Datenprojekts (<http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity/>). Um jedoch Zweifelsfälle auszuschließen, werden nur Demokratien in die Fallauswahl einbezogen, die in der Skala die Höchstwerte neun und zehn erhalten. Gemäß den Operationalisierungen der Polity-Daten ist ein Staat dann eine „reife und intern kohärente Demokratie“, wenn im politischen System „(a) political participation is fully competitive, (b) executive recruitment is elective, and (c) constraints on the chief executive are substantial.“⁸

Während das Merkmal „Demokratie“ in der Fallauswahl konstant gehalten wird, ist die Varianz im Vergleichsdesign auf Seiten der abhängigen Variable zu finden, d.h. in der Entscheidung der betreffenden Demokratie für oder wider die Beteiligung an einem Krieg. Unter „Beteiligung“ soll hier die *Entsendung von Kampftruppen* verstanden werden. Bei der Definition von „Krieg“ stützen wir uns auf ein dem Völkerrecht entlehntes Verständnis von Krieg: Eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten (vgl. Bothe 2001: 646).⁹

Operationalisierung der erklärenden Variablen: Machtposition, Allianz und Rolle

In den Fällen, in denen sich Demokratien für militärische Optionen entscheiden, scheinen die von den DF-Theorien unterstellten Kausalzusammenhänge außer Kraft gesetzt zu sein. Wir nehmen an,

7 Zu den gebräuchlichen Messskalen zählen u.a. der Vanhanen-Index (Vanhanen 1997), die auf Ted R. Gurr/Keith Jagers zurückgehenden „Polity“-Daten (jüngst Polity IV, siehe <http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity/>) und die Freedom-House-Indizes (Freedom House 1990ff.); für einen kritischen Überblick siehe Schmidt (2000: 389-423).

8 Polity IV Project: Dataset Users Manual, S. 13, siehe <http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity/>

9 Die in der quantitativen Kriegsursachenforschung verwendeten Kriegsdefinitionen sind mit der Nennung einer Mindestanzahl von gefallenen Kombattanten verbunden (meist 1000, Sarkees u.a. 2003, Gleditsch u.a. 2002). Diese Definitionen von Krieg sind jedoch nicht mehr sinnvoll, da in vielen bewaffneten Konflikten vorwiegend Zivilisten getötet werden und durch technologische Entwicklungen („Revolution in Military Affairs“, siehe Coker 2002; Müller/Schörning 2001, 2002) die Opferzahl unter Kombattanten stark gesenkt werden kann.

dass es in solchen Fällen entweder zu einer Veränderung der kriegsabgeneigten Präferenzstruktur der Bürger oder zu einer Nichtberücksichtigung des kriegsabgeneigten Mehrheitswillens durch die Regierung gekommen ist. Die oben dargelegte Kritik an den Annahmen der DF-Theorien lässt drei Möglichkeiten erkennen, wie entweder das Kosten-Nutzen-Kalkül der Bürger/innen bzw. der politischen Entscheidungsträger oder deren moralische Bewertungen eines Militäreinsatzes so verändert werden können, dass Gewaltanwendung „billig“ oder „richtig“ erscheinen mag:

1) Das Kosten-Nutzen-Kalkül der Bürger/innen bzw. der Entscheidungsträger kann auch *zugunsten* eines Militäreinsatzes ausfallen, wenn die (starke) *Machtposition* eines Landes ein solches Handeln „billig“ bzw. sogar geboten erscheinen lässt.

2) Die Zugehörigkeit zu einer Allianz kann die Kosten einer militärischen Option erheblich reduzieren. Allianzzugehörigkeiten können außerdem eine Auswirkung auf die normative Präferenzstruktur der Bürger/innen haben, indem sie die Angemessenheit von kollektiven Handlungen neu rahmen.

3) Normative Überzeugungen können schließlich auch durch die spezifische Rolle eines Staates beeinflusst werden. Die Bürger/innen haben nicht zuletzt aufgrund von historischen Erfahrungen gewisse Erwartungen, wie sich ihr Staat international verhalten sollte. Diese Erwartungen verbinden sich mit den Erwartungen der internationalen Umwelt zur Rolle des Staates. Diese kann die Option militärischen Handelns als angemessen erscheinen lassen. Als erklärende Variablen setzen wir also die Machtposition eines Staates, seine Allianzverpflichtungen und seine Rolle ein.

(a) *Machtposition*

Unter *Machtposition* soll im Rahmen des internationalen Systems die Fähigkeit eines Staates, sich selbst zu verteidigen und Ziele in der internationalen Politik auch unilateral umzusetzen, verstanden werden. Die hier verwendete Definition bezieht sich auf die in den Internationalen Beziehungen übliche Verwendung, die sich vor allem auf die Möglichkeiten der Zwangsausübung konzentriert (vgl. Singer u.a. 1990: 1).

Die Fähigkeit zu unilateralem Handeln kann zum einen am Wohlstand und den somit dem Staat zur Verfügung stehenden materiellen und finanziellen Ressourcen und zum anderen an dem militärischen Zwangspotenzial des Staates abgelesen werden. Der Wohlstand eines Landes kann in der einfachsten Weise in Form des Bruttosozialprodukts pro Kopf in Kaufkraftparität gemessen werden. Militärische Kapazitäten von Staaten erfasst der „Material Capabilities Index“ des „Correlates of War“- (COW)-Projekts (<http://cow2.la.psu.edu/>) für den Zeitraum von 1816 bis 2001. Indikatoren dieses Datensatzes sind die Anzahl des militärischen Personals, die Militärausgaben, der Energieverbrauch, die Eisen- und Stahlproduktion, die Bevölkerungsanzahl und die Anzahl der urbanisierten Bevölkerung (die als schnell mobilisierbar gilt). Um die *Machtposition* einer Demokratie zu bestimmen, haben wir auf der Basis der COW(2)-Daten und den Daten zum Pro-Kopf-Einkommen der Weltbank und des Weltentwicklungsberichts für die Demokratien, die im Polity-IV-Datensatz mindestens die Indexzahl neun erreicht haben, durch Clusteranalyse drei Gruppen gebildet: eine Supermacht (USA), drei Großmächte (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) und Mittelmächte (u.a. Australien und Schweden).

(b) *Allianz*

Allianzzugehörigkeit lässt sich relativ einfach über die Mitgliedschaft in den jeweiligen Militärbündnissen operationalisieren, wobei nur solche Bündnisse berücksichtigt werden, die eine explizite Beistandsklausel wie Artikel 5 des Nordatlantikvertrages enthalten. Solche Beistandsklauseln enthalten neben dem NATO-Vertrag noch der ANZUS-Sicherheitsvertrag zwischen Australien und USA

(Artikel 4) und der Sicherheitsvertrag zwischen USA und Japan (Artikel 5). Daher beschränkt sich die Operationalisierung der Variable „Allianzzugehörigkeit“ auf die (Nicht-)Zugehörigkeit zur NATO, zu ANZUS und zum amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag.

(c) *Rolle*

„Rollen“ sind relativ schwierig zu operationalisieren (Frenkler u.a. 1997: 110), wir können hier jedoch auf den unter Leitung von Hanns Maull an der Universität Trier für die Außenpolitikanalyse entwickelten Rollen- und Identitätskonzepten¹⁰ aufbauen, um sie im Laufe des Projekts zu einem integrierten Ansatz weiterzuentwickeln. In den Internationalen Beziehungen lassen sich Rollen als „geplante – d.h. kollektiv normierte und individuell konzipierte – und von Repräsentanten realisierte Einstellungs- und Verhaltensmuster von Staaten [...] in internationalen Systemen“ verstehen (Gaupp 1983: 109, zit. n. Kirste/Maull 1996: 289). In der Rolle eines Staates vereinigen sich Selbstbild einer Gesellschaft (Identität) und Fremdwahrnehmung zu bestimmten Verhaltenserwartungen, die sowohl die Gesellschaft an ihren eigenen als auch andere Akteure des Internationalen Systems an den jeweiligen Staat stellen (vgl. Holsti 1970: 246; Kirste/Maull 1996: 289). Die Fremderwartungen werden im Rollenkonzept in dem Maße relevant, wie sie wahrgenommen, gedeutet, mit den aus der eigenen Identität abgeleiteten Normen abgeglichen und internalisiert werden. Unsere Ausgangserwartung ist, dass im – relativ kurzen – Untersuchungszeitraum Identität und Fremderwartung stabil und kompatibel und im Rollenkonzept integriert sind. Rollen sind jedoch grundsätzlich nicht statisch, sondern bilden sich in einem beständigen Austauschprozess zwischen „Ego“ und „Alter“. Sie basieren demnach auf einem Interaktions- und Kommunikationsprozess in der Gesellschaft über die Rolle, die ein Staat im Internationalen System zu spielen hat; sie sind interpretier- und somit auch wandelbar.

Rollenbilder beinhalten Angemessenheitsregeln, die nicht beliebig manipulierbar sind. Sie legen zwar im Allgemeinen kein bestimmtes Handeln eindeutig fest, begrenzen jedoch ein Bündel annehmbarer Handlungsoptionen und schließen andere aus. Die Elemente der Rolle dienen als Referenzelemente für Rechtfertigungsdiskurse, in denen die Akteure ein bestimmtes Handeln begründen bzw. ablehnen. Die Erwartung ist, dass die Varianz im Verhalten sich auf unterschiedliche Ausprägungen des Rollenbildes und entsprechend variierende Angemessenheitsregeln zurückführen lässt (Frenkler u.a. 1997: 5f.; Boekle u.a. 2000: 17). Das Rollenkonzept erstreckt sich über die gesamten Felder der Außenpolitik. In jedem einzelnen Politikfeld sind jedoch nur bestimmte Rollenelemente aktiv, d.h. einschlägig (vgl. Nadoll 2000: 14f., 2003: 169). Für das Forschungsdesign erscheint es notwendig, die Dimensionen, entlang derer sich die Rollenvorstellungen bewegen, näher zu definieren, um die möglichen Selbstbilder der zu untersuchenden Staaten als analytische Kategorien fassen zu können. Nur so können in einem zweiten Schritt Erwartungen formuliert werden, welche Rollenwahrnehmungen für bzw. wider militärisches Handeln im internationalen System wirken.

Da wir das außenpolitische Verhalten von Demokratien untersuchen, wird für alle Fälle unterstellt, dass ihr Selbstbild zunächst davon bestimmt wird, dass sie anders als Nichtdemokratien sind; dem entspricht die wechselseitige Wahrnehmung der Demokratien als Gleiche, die in den konstruktivistischen Deutungen des demokratischen Friedens das entscheidende Argument beisteuert. Alle zu untersuchenden Staaten werden daher ihre Rolle in der Verbreitung und Verteidigung von Menschenrechten, Rechtsstaatsprinzipien und Freiheit sowie von liberaler Marktwirtschaft sehen – hinsichtlich der Ausgestaltung und Definition dieser Rolle werden sie jedoch Unterschiede aufweisen,

10 Siehe u.a. Kirste/Maull (1996), Frenkler u.a. (1997) und Harnisch/Maull (2001a) sowie die Arbeitspapiere des Trierer PAFE-Projekts (Project on the Comparative Analysis of Foreign Policies in Europe, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pubs/forsch/pafe.pdf>), z.B. Boekle u.a. (2000, 2001), Maull/Stahl (2002b), Projektergebnisse zusammengefasst in Joerßen/Stahl (2003).

die Auswirkungen auf den Einsatz von Gewalt gegenüber Nichtdemokratien haben. Die Rollenprofile werden in fünf Dimensionen mit insgesamt sechs Indikatoren erhoben:

Schema für das Rollenprofil (Idealtypologie)¹¹

Dimensionen und Indikatoren					
I. Aktivitätsgrad	Passiv				Hochaktiv
II. Zielorientierung	Wohlfahrt dominiert Macht	Realisierung von Wohlfahrt und Macht werden als gleichrangige Ziele verfolgt			Macht dominiert Wohlfahrt
III. Regelungsbereitschaft a) Einstellung zu internationalen Regimen	Vertiefen	Teilnehmen	Selektiv	Fernhalten	Widerstand
III. Regelungsbereitschaft b) Einstellung zum Völkerrecht	Selbstbindungsbereitschaft	Folgen	Selektiv		Autonomiestreben
IV. Einstellung zu Nichtdemokratien	Pragmatisch		Manichäisch		
V. Stil	Multilateralistisch	Selektiv kooperativ		Unilateralistisch	

Aus diesen Indikatoren lassen sich zwei *Idealtypen* bilden; der eine entspricht einer „*quietistischen Zivilmacht*“, die sich vom Idealtyp des Trierer Zivilmachtprojekts (Kirste/Maull 1996: 301-303; Frenkler u.a. 1997: 23-29) durch Passivität in der ersten Dimension unterscheidet; bei der Zielorientierung dominiert Wohlfahrt über Macht; bei der Einstellung zu Regimen sind Vertiefungsbestrebungen zu beobachten, bei der Einstellung zum Völkerrecht eine hohe Selbstbindungsbereitschaft; die Einstellung zu Nichtdemokratien ist pragmatisch und der außenpolitische Stil multilateralistisch. Der zweite Idealtyp kann „*Rambo*“ genannt werden: Dieser ist hochaktiv; in der Zielorientierung dominiert Macht über Wohlfahrt; die Einstellung zu Regimen lässt Widerstand erkennen, die Einstellung zum Völkerrecht großes Autonomiestreben; die Einstellung zu Nichtdemokratien ist manichäisch, der außenpolitische Stil unilateral. Wir nehmen an, dass die Gewaltneigung um so geringer ist, in je mehr Dimensionen sich das Rollenverständnis an der „Zivilmacht“ bewegt, und um so größer, in je mehr Dimensionen es sich dem „*Rambo*“ annähert. Wir nehmen an, dass idiosynkratische Elemente von Identität (z.B. die Deutung der eigenen Vergangenheit) diese schematisierten Rollentypen, ihre Referenzelemente und Angemessenheitsregeln u.U. modifizieren können.

Diese Unterschiede im Rollenverständnis und ihre identitätsbezogene Modifikation können freilich nicht an unserem Untersuchungsgegenstand selbst erhoben werden. Würden wir die Rollendifferenzen anhand unserer eigenen Fälle bestimmen, ergäbe sich zwangsläufig ein Zirkelschluss. Der Ausweg besteht darin, die Erhebung anhand der Sekundärliteratur zu den Außenpolitiken der untersuchten Länder sowie an verwandten, aber nicht identischen Politikfeldern zu unternehmen. Wir greifen dabei zum einen auf die Arbeiten der Trierer Zivilmacht- und PAFE-Projekte zurück, zum anderen auf Untersuchungen, die an der HSKF vor einigen Jahren zur nuklearen Abrüstungspolitik einer Reihe von Ländern durchgeführt worden sind (u.a. Wisotzki 2001, Müller/Schaper 2003). Auf diese Weise wird es möglich sein, auf die Sicherheitspolitik zugeschnittene Rollenprofile zu erstellen.

¹¹ In Anlehnung an Frenkler u.a. (1997: 23-29), wir fügen den Dimensionen im Hinblick auf unsere Fragestellung die Dimension „Einstellung zu Nichtdemokratien“ zu.

len, die zur Erklärung der Varianz in den Entscheidungen für oder gegen Kriegsteilnahme herangezogen werden können.

Hypothesen

H1a: Die Machtposition eines Staates kann die Präferenzen verändern, wenn sie die Kosten und Risiken militärischen Handelns reduziert und somit auf das utilitaristische Kosten-Nutzen-Kalkül wirkt (z.B. weil die Streitkräfte durch die „Revolution in Military Affairs“ und eine Professionalisierung so effizient organisiert sind, dass sie den gegnerischen Streitkräften überlegen sind).

H1b: Allianzzugehörigkeit kann die Präferenzen verändern, wenn sie die Kosten und Risiken eines militärischen Einsatzes durch Ressourcenpooling verringert.

H2a: Die Rollenwahrnehmung einer Demokratie kann die Präferenzen verändern, wenn der Einsatz militärischer Mittel mit Verweis auf die geteilten Angemessenheitsregeln, die sich aus dem Rollenverständnis der jeweiligen nationalen Gemeinschaft ergeben, in einem hegemonialen Diskurs legitimiert werden kann. Je näher das Rollenverständnis am „Rambo“-Typ positioniert ist, desto eher neigt sich der Diskurs der Befürwortung militärischer Einsätze zu. Je näher es am Typ „Quietistische Zivilmacht“ liegt, desto eher ist ein hegemonialer Diskurs gegen Militäreinsätze zu erwarten.

H2b: Allianzzugehörigkeit kann die Präferenzen verändern, wenn normative Strukturen bündnissolidarisches Verhalten im Sinne einer „logic of appropriateness“ fordern.

Falls der institutionelle Transmissionsriemen nicht in der erwarteten Weise wirkt, die Regierung sich also für die Intervention entscheidet, obgleich der Mehrheitswille der Bevölkerung gegen eine solche Entscheidung steht, greift Hypothese drei. Die hierunter genannten vier Möglichkeiten H3 a) – d) müssen nicht alle vier zugleich zutreffen, sondern können jeweils einzeln für sich schon zu dem beobachteten Ergebnis führen:

H3: Die Regierung entscheidet sich dem Mehrheitswillen zuwider für die militärische Intervention, wenn aus ihrer Sicht plausible Gründe, wie sie in Hypothesen eins und zwei genannt werden, vorliegen und

- a) der Amtszyklus erst begonnen hat.
- b) sie diese Gründe höher schätzt als die eigenen Wiederwahlchancen.
- c) sie aufgrund konstitutioneller Amtszeitbeschränkungen keine Wiederwahlchancen hat.
- d) die Bürger höheres Interesse an innen- als an außenpolitischen Themen haben.

Vorgehensweise

(1) Analyse von Sekundärliteratur

Da im Projekt die Entscheidungsprozesse und öffentlichen Debatten ausgewählter Demokratien im Vorfeld der Kriege Golfkrieg 1991, Kosovo-Krieg 1999 und Irak-Krieg 2003 untersucht werden, können wir zumindest für die beiden ersten Kriege auf ausreichend Sekundärliteratur über die allgemeine Entwicklung dieser Krisen und die Außenpolitik der Staaten zurückgreifen, um unsere eigenen Detailanalysen und Fallvergleiche zu fundieren und um die chronologische Entwicklung der Krisen zu rekonstruieren. Auch über den Irak-Krieg 2003 ist in naher Zukunft genügend Sekundärliteratur zu erwarten, die unsere vergleichenden Fallanalysen unterfüttern kann. Es ist beab-

sichtigt, für alle untersuchten Demokratien auf der Basis der Sekundärliteratur zunächst (bevor die unten beschriebenen Forschungsschritte durchgeführt werden) eine Art „Kurzportrait“ über die Entwicklungslinien und die Hauptmerkmale ihres Verhaltens in internationalen Krisen seit 1990 zu erstellen.

(2) *Analyse von Primärdaten: Zeitungskommentare, politische Dokumente, Umfragen*

Eine Kausalwirkung zwischen Machtposition, Allianzverpflichtungen und Rollenwahrnehmung auf die interne politische Entscheidungsfindung einer demokratischen Regierung für oder gegen einen Militäreinsatz lässt sich nicht direkt beobachten, da sich die internen Prozesse einer Regierung i.d.R. sozialwissenschaftlicher Beobachtung entziehen. Plausiblerweise kann man jedoch die Ausgangserwartungen formulieren, dass das wichtigste Interesse einer Regierung in ihrem Machterhalt besteht und dass demokratisch gewählte Regierungen daher eine gewisse Responsivität hinsichtlich der Wünsche und Meinungen der Mehrheit der Wähler zeigen müssen – oder versuchen müssen, Mehrheiten von ihren als richtig erachteten Zielen zu überzeugen. Regierungen müssen auf folgende drei „Meinungsquellen“ Rücksicht nehmen, um an der Macht bleiben zu können: auf die öffentliche Debatte in den Medien und die sich dort herauskristallierende Mehrheitsmeinung („öffentliche Meinung“¹²), auf die in Umfragen ermittelten Einstellungen der Bürger und auf die Meinungen ihrer politischen Parteibasen und Koalitionspartner. Da im Projekt untersucht werden soll, wie sich die von der DF-Theorie unterstellten friedlichen Präferenzen verändern, muss der Meinungsbildungsprozess in Parteien und Regierung, in der Öffentlichkeit und bei Bürgern (zumindest wie er in Umfragen gemessen wird) im Mittelpunkt der Untersuchung stehen.

Da die Bildung von Meinungen wiederum auf Argumente gestützt ist, muss das Projekt analysieren, welche Argumente von wem für oder gegen einen Militäreinsatz vorgebracht werden, welche Verbreitung diese Argumente in der öffentlichen Debatte erlangen, wie sich die Argumente im betrachteten Zeitraum verändern, welche warum dominant werden und welche von der Regierung vorgebracht oder übernommen werden. Unsere Ausgangsvermutung ist, dass sich Gruppen von Argumentationsfiguren finden lassen, die Aufschluss darüber geben, wie die Faktoren „Machtposition“, „Allianzverpflichtungen“ und „Rollenwahrnehmung“ in den jeweiligen Gesellschaften und politischen Arenen (Parteien, Parlament, Regierung) verarbeitet und zu einer konkreten Entscheidung für oder wider Krieg verdichtet werden. In einem zweiten Schritt sind solche Argumentationsmuster in den untersuchten Demokratien zu vergleichen: ähneln sie sich oder sind sie gänzlich durch die nationale politische Kultur bestimmt?

Die drei Meinungsquellen – Debatte in den Medien, Bevölkerungsumfragen und Debatten innerhalb der politischen Arena - sollen wie folgt in unsere Untersuchung eingehen:

- *Inhaltsanalyse der Mediendebatten*

Für die Analyse der Debatten lehnen wir uns zu heuristischen Zwecken an den Diskursbegriff und einige Kategorien von Michel Foucault an (vgl. auch Schwab-Trapp 2002: 31-37, 41-86). Diskurse sind aufzufassen als

„limited range of possible statements promoting a limited range of meanings. Discourses dictate what it is possible to say and not possible to say. Discourses therefore provide the basis on which policy preferences and goals are constructed. It works both as a constraint and as a creative force in shaping policies.“ (Larsen 1999: 453)

12 Die sich größtenteils als „veröffentlichte Meinung“ zeigt: „Öffentliche Meinung ist weitgehend geprägt durch die veröffentlichte Meinung, da die öffentlich relevanten Meinungsäußerungen vor allem in den Medien stattfinden“ (Kriesi 2001: 5).

Wir wollen uns damit jedoch nicht den in methodologischer wie methodischer Hinsicht problematischen „postmodernen“ Diskursanalysen anschließen, wie sie jüngst vermehrt in den Internationalen Beziehungen unternommen werden (vgl. Milliken 1999), sondern verbleiben im pragmatischen „Mainstream“ inhaltsanalytischer Methoden (vgl. Ecker-Ehrhardt 2002: 213f., Joerßen/Stahl 2003). In den öffentlichen Debatten bilden Redebeiträge unterschiedlicher Art (Tatsachenbehauptungen, Meinungen, Forderungen) von Politikern, Journalisten, Interessengruppen, Vertretern von neuen sozialen Bewegungen und anderen Akteuren „Diskursformationen“, das sind Regelmäßigkeiten (eine Ordnung, Korrelationen, Positionen, Transformationen) von Themenwahl und -inhalten, von Konzepten und Aussagetypen (vgl. Foucault 1989: 38). Diskursformationen bestehen aus konkurrierenden Deutungsmustern und deren Trägergruppen, die man wiederum als „Diskursgemeinschaften“ bezeichnen kann (Schwab-Trapp 2002: 52f.). Diskursgemeinschaften entwickeln „Narrative“ (Barnett 1999: 12-16), die Tatsachenbehauptungen mit bestimmten Prognosen und Forderungen verbinden und ihnen so eine bestimmte Deutung verleihen.

Zur Erfassung der Argumente, die in den Medien vorgebracht und verhandelt werden, beschränken wir uns auf die inhaltsanalytische Untersuchung (s.u.) einer Stichprobenauswahl von Zeitungskommentaren aus jeweils zwei überregionalen Qualitätszeitungen des Landes, die dem parteipolitischen Spektrum „links-liberal“, und „rechts-liberal“ zuzuordnen sind. Die Inhaltsanalyse soll computergestützt durchgeführt werden.¹³ Unser Untersuchungszeitraum erstreckt sich folgendermaßen: Beginn ist der Zeitpunkt, zu dem im Kommentarteil in einer der beiden ausgewählten Qualitätszeitungen des untersuchten Landes zum ersten Mal die Forderung erhoben wird, die Regierung müsse Stellung beziehen zu der internationalen Krise (im Golf 1991, im Kosovo 1999, im Irak 2002/03) – ob sie sich an der Beilegung der Krise beteiligen wird und wie sie das zu tun beabsichtigt. Ende des Untersuchungszeitraums ist der Zeitpunkt, an dem die Regierung eine definitive Entscheidung in der jeweiligen Krise verkündet hat (eigene Truppen senden oder sich nicht beteiligen).

- *Politische Arena: Dokumentenanalyse*

In Anlehnung an Kriesi (2001) unterscheiden wir eine „politische Arena“, in der die Redebeiträge von Protagonisten des politischen Systems (z.B. Parlamentarier, Parteivertreter, Bürokraten) ausgetauscht werden, von der „öffentlichen Arena“, die weitgehend in der Mediendebatte widergespiegelt wird und in der die Diskurse aus dem politischen System auf die Diskurse aus der Gesellschaft treffen. Während die politische Arena durch die institutionellen Regelungen strukturiert ist und in ihr die Debatten zumeist unmittelbar stattfinden, ist die öffentliche Arena anonym und medial vermittelt. Die beiden Arenen sind nicht exklusiv, sondern Argumente und Meinungen durchdringen sich wechselseitig.

Dennoch ist es sinnvoll, Quellen aus der politischen Arena mittels einer Dokumentenanalyse separat zu analysieren, um hier Hinweise auf die Meinungsbildungsprozesse innerhalb von Parteien und des Parlaments zu finden, die für die Regierung bei ihrer Entscheidungsfindung ähnlich relevant sein dürften wie die Wünsche der Wähler und der „veröffentlichten Meinung“. Im Hinblick auf unsere Fragestellung ist es nicht zuletzt wichtig, in den zu analysierenden Quellen aus der politischen Arena nach Indizien zu suchen, wie die Regierung auf die Anforderungen, die sich durch *externe* Akteure wie Allianzpartner oder internationale Organisationen ergeben, reagiert. Untersucht werden in allen Demokratien folgende Dokumente, die in dem oben bezeichneten Untersuchungszeitraum des jeweiligen Konfliktfalles erstellt worden sind: Protokolle der Parlamentsdebatten, Reden der Regierungschefs (ggf. Präsidenten) und der Außen- und Verteidigungsminister,

13 Für diese Zwecke hat sich das Programm ATLAS/ti bewährt, einen Überblick und eine Auswertung von einschlägiger Software auf <http://www.gesis.org/ZUMA/>.

Resolutionen und Stellungnahmen von Parteien, (soweit zugänglich) relevante Dokumente aus der Bürokratie der Außen- und Verteidigungsministerien. Die Dokumentenanalyse wird von Kategorien angeleitet, die sich aus den drei Hypothesen ergeben und daher nach expliziten Hinweisen der Sprecher auf die Bedeutung von Machtposition, Allianzverpflichtung und Rollenwahrnehmung für die Entscheidungsfindung suchen. Ähnlich wie für die Inhaltsanalyse der Zeitungskommentare ein Kategorienschema (s.u.) gebildet werden muss, wird für die Dokumentenanalyse ein weniger detailliertes, aber einheitliches Kriterienraster entwickelt, nach dem die Dokumente in den einzelnen Demokratien untersucht werden sollen.

- *Frames und Kategorienschema*

Eine systematische und länderübergreifende Untersuchung zu Argumentationsmustern für oder wider Krieg existiert bisher nicht. Das Projekt muss daher für seine ländervergleichende Inhaltsanalyse ein Kategorienschema induktiv (empiriegeleitet) entwickeln. Wenn es um Argumente geht, die Verbreitung und Wirkungskraft von Argumenten in politischen Debatten und Prozessen betreffen, kann man an die *Frame*-Analyse der Bewegungsforschung anschließen, die mittlerweile auch in den Internationalen Beziehungen häufiger angewendet wird.¹⁴ Öffentliche Diskurse werden mit Hilfe von sog. „Rahmen“ geführt, die dazu dienen „to fix meanings, organize experience, alert others that their interests and possibly their identity are at stake, and propose solutions to ongoing problems“ (Barnett 1999: 25, vgl. Payne 2001: 39). „Rahmen“ sind für Individuen nicht nur im politischen Prozess notwendig, um „Welt“ zu begreifen, Erlebtes kognitiv einzuordnen und zu interpretieren; sie stellen alltäglich verwendete Interpretationsschemata dar, die kognitiv entlasten, da sie Neues mit Vertrautem verknüpfen; sie helfen, Situationen zu deuten.

Mit Hilfe von *Frames* versuchen politische Akteure andere von der gleichen Situationsdeutung zu überzeugen. Am erfolgreichsten sind sie dabei, wenn es ihnen gelingt, an bereits vorhandene, geteilte Deutungsmuster, Werte und Normen anzuknüpfen (dies wird als „Frame Resonance“ bezeichnet, siehe Payne 2001: 38f., 44f., vgl. auch Schwab-Trapp 2002: 58-60). Im politischen Kampf um die vorherrschenden Deutungsmuster bestehen öffentlich stattfindende Rahmungsprozesse nach Snow/Benford (1988) aus den Elementen „diagnostic framing“, „prognostic framing“ und „motivational framing“. Die Diagnoserahmung besteht aus der Identifizierung des Problems und der Ursachungszusammenhänge sowie der Zuweisung von Schuld. Die Prognoserahmung artikuliert Lösungen des Problems oder wenigstens die nächsten Schritte der Handlungsstrategie. Dabei wird der Möglichkeitsraum „vernünftiger“ Optionen durch die Art der Diagnose entsprechend eingeschränkt. Das „motivational framing“ schließlich soll Verbündete zu konkreten Handlungen motivieren (Snow/Benford 1988: 199). Wendet man das Konzept auf Kriegsdiskurse an, sind nach Eilders/Lüter (2002: 107f) einige Modifikationen vorzunehmen: Die Diagnoserahmung bezieht sich auf eine Auseinandersetzung über Anlass oder Ursache der jeweiligen Problemsituation (z.B. Menschenrechtsverletzungen, Gefahr durch Massenvernichtungswaffen usw.). Die Prognoserahmung zielt auf die unterschiedlichen Handlungsoptionen wie militärische oder friedliche Bearbeitung des Problems und Aufruf zur Suche nach politischen Lösungen. Das „motivational framing“ bezieht sich in Vorkriegsdiskursen nicht auf die Mobilisierung von Individuen für bestimmte Handlungen, sondern hier soll ein Kollektiv von der „Richtigkeit und Notwendigkeit der angebotenen Lösung“ überzeugt und seine Zustimmung gewonnen werden (Eilders/Lüter 2002: 107).

Sowohl bei der induktiven Entwicklung des Kategorienschemas als auch bei der Erstellung eines Kriterienrasters für die Dokumentenanalyse wie auch insbesondere bei der Interpretation der

14 Zu dem Konzept der „Frames“ bzw. des „Framings“ in der Bewegungsforschung siehe Snow/Benford (1988), Benford/Snow (2000), Rucht u.a. (1998) und Tarrow (1998), zur Verwendung in den Internationalen Beziehungen z.B. Sikkink (1993), Keck/Sikkink (1998), Payne (2001).

Ergebnisse dieser Analysen wird auf die Erkenntnisse der „Framing“-Studien zurückzugreifen sein, u.a. wie die „Intensität“ eines Arguments und seine Überzeugungskraft gemessen werden kann (vgl. Schwab-Trapp 58-60, 78-81; Payne 2001: 44f.). Computergestützte Inhaltsanalysen haben sich trotz der stets auftretenden Codierprobleme und des enormen Aufwands als leistungsfähige Methode zur Erfassung von Meinungsinhalten und Verbreitung von Argumenten in öffentlichen Debatten erwiesen (vgl. Eilders/Lüter 1998, Eilders 2001, Schwab-Trapp 2002).

- *Umfragen:*

Von der (ver)öffentlich(t)en Meinung ist die Bevölkerungsmeinung zu unterscheiden, die über die klassischen Instrumente der Meinungsforschung gemessen wird (Kriesi 2001: 6). Wie die wechselseitige Beeinflussung von öffentlicher Meinung und Bevölkerungsmeinung verläuft, ist bis heute ebenso wenig geklärt wie die Wirkungsrichtung des Austauschs zwischen politischem System und Öffentlichkeit. Angesichts der großen Bedeutung von Demoskopie für die politischen Entscheidungsträger bezieht das Projekt Umfragen als eigenständige „Meinungsquelle“ in die Analyse ein. Bei stark politisierten außenpolitischen Themen (wie sie die hier ausgewählten Kriege darstellen) steigt das üblicherweise eher schwach ausgeprägte Interesse der allgemeinen Öffentlichkeit an Außenpolitik stark an (vgl. Zangl/Zürn 2003: 168). Da Meinungsforschungsinstitute auch Bevölkerungseinstellungen zu Fragen der Außenpolitik erheben, werden die gemessenen Einstellungen (und vor allem auch deren mögliche Veränderungen) der Befragten im Verlauf einer Konfliktbearbeitung berücksichtigt.

(3) Ergänzende Experten-Interviews

Zur weiteren Erschließung des Forschungsfelds sollen ergänzende Hintergrundgespräche (halboffene Experteninterviews) mit Repräsentanten der Außen- und Verteidigungsministerien geführt werden. Die Experteninterviews sollen zudem dazu beitragen, wichtige offene Fragen aus der Analyse der Sekundärliteratur und der politischen Dokumente zu beantworten. Die Interviews sollen jedoch nicht selbst einer Inhaltsanalyse unterzogen, sondern für die Validierung der Einschätzungen der Forscherinnen herangezogen werden.

Fallauswahl

Unter den verschiedenen Typen bewaffneter Konflikte scheidet solche aus, welche im Sinne der monadischen Theorie des demokratischen Friedens keine Rätsel aufgeben. Dies sind „Peacekeeping Missions“ im Einvernehmen mit den betroffenen Staaten sowie Verteidigungskriege, die auch von der Theorie des demokratischen Friedens den demokratischen Staaten als legitime und prognostizierbare Reaktionen auf bewaffnete Angriffe zugestanden werden. Wir sparen gleichfalls Territorialkonflikte aus. Zum einen ist gerade hier die Linie zwischen Verteidigungskriegen und der Initiati-on von bewaffnetem Konflikt schwer zu ziehen. Zum zweiten sind sie bereits umfänglich in der großen Studie von Huth/Allee (2002b) untersucht worden. Wir konzentrieren uns daher auf solche bewaffneten Handlungen von Demokratien, die als „Weltordnungskriege“ und „humanitäre Interventionen“ von den Demokratien selbst initiiert worden sind. Weltordnungskriege dienen nach den offiziell vorgebrachten Begründungen – etwa im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – als zwingend notwendig für die Wiederherstellung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens, „humanitäre Interventionen“ dem Schutz der Menschenrechte. Unter diesen Kriterien werden der Golf-Krieg von 1991, der Kosovo-Krieg 1999 und der Irak-Krieg 2003 ausgewählt.

Unter den Demokratien, die dem Kriterium „neun und höher“ auf der Polity IV-Skala für den Untersuchungszeitraum genügen, wählten wir zunächst eine Gruppe aus, die nach der Beteiligung

an den drei ausgewählten bewaffneten Konflikten eine deutliche Varianz zwischen keiner und drei Beteiligungen aufweist. Sodann wurde für die restlichen Länder die grundsätzliche Fähigkeit einer hypothetischen Beteiligung festgestellt (d.h. die Verfügung über einsatzfähige Streitkräfte). Danach wurde eine erste, grobe und vorläufige Einschätzung getroffen, wie die Ausprägung der unabhängigen Variablen für die Länder eingestuft wird (diese Einschätzung wird im Verlauf der ersten Projektphase ausgearbeitet und gegebenenfalls korrigiert). Die Auswahl wurde dann daraufhin reduziert, dass sich hierbei eine hinreichende Varianz ergibt, die den aussagefähigen Vergleich erlaubt. Nachgeordnet wurde schließlich noch nach Zugänglichkeit der Daten und sprachlicher Zugänglichkeit ausgewählt. Aus diesem Vorgehen ergibt sich die folgende Auswahl:

	Machtposition	Allianzposition	Rollenauslegung	Kriegsbeteiligung
USA	Supermacht	alliiert	eher „Rambo“	3
Großbritannien	Großmacht	alliiert	eher „Rambo“	3
Frankreich	Großmacht	alliiert	eher „Rambo“	2
Deutschland	Großmacht	alliiert	eher „Zivilmacht“	1
Australien	Mittelmacht	alliiert	eher „Zivilmacht“	2
Schweden	Mittelmacht	nicht alliiert	eher „Zivilmacht“	0

Vergleich

Diese Auswahl erlaubt drei Paarvergleiche, die nach dem Vorgehen der „ähnlichsten Fälle“ Varianz auf der abhängigen Variablen, aber weitgehende Ähnlichkeit auf der unabhängigen Variablen aufweisen, so dass die verbleibenden Unterschiede auf der unabhängigen Variablen daraufhin untersucht werden können, ob sie die unterschiedliche Ausprägung der abhängigen Variablen plausiblerweise erklären können. Ein solcher Vergleich bietet sich hinsichtlich des Machtgefälles für das Paar USA/Frankreich an (zwar variiert die Ausprägung der abhängigen Variablen hier nur um eine Kriegsbeteiligung; dieser Unterschied war jedoch von derartiger politischer Bedeutung, dass der Vergleichsansatz gerechtfertigt erscheint); hinsichtlich der Allianzposition für das Paar Australien/Schweden, hinsichtlich der Rollenauslegung für das Paar Großbritannien/Deutschland.

Eine zweite Serie von Paarvergleichen wendet das Vorgehen der „unähnlichsten Fälle“ mit gleicher oder ähnlicher Varianz an: Die Paare weisen gleiches oder ähnliches Verhalten auf der abhängigen Variablen auf, unterscheiden sich jedoch stärker in der unabhängigen, so dass die Übereinstimmung in der Ausprägung einer unabhängigen Variablen die Nachfrage erlaubt, ob von dieser Übereinstimmung zum gleichen oder ähnlichen Verhalten ein plausibler Erklärungspfad verläuft. Diese Paare wären USA/Australien und Deutschland/Schweden.

Dem länderzentrierten Paarvergleich folgt der variablenzentrierte Quervergleich durch alle einzelnen Fälle, wobei für jede Variable festgestellt wird, welcher Erklärungsanteil – gemessen an ihrem Auftreten und ihrer Wirksamkeit in den Begründungsdiskursen – zugemessen werden kann.

Erwarteter Ertrag

Da das Projekt direkt an der Erforschung der von der DF-Theorie unterstellten Kausalmechanismen ansetzt, leistet es einen besonders wichtigen Beitrag zur empirischen Überprüfung der im Forschungsprogramm der HSFK zentralen „Antinomien“ der Theorie (Müller 2002). Die Auswertung der empirischen Ergebnisse der vergleichenden Fallstudien soll der kritischen Weiterentwicklung der Theorie dienen. Es ist zu erwarten, dass das Projekt im Hinblick auf zwei miteinander verknüpfte Forschungsziele, die in der bisherigen Forschung zum demokratischen Frieden stark vernachlässigt worden sind, neue Erkenntnisse gewinnt:

Zum einen analysiert es die Ursachen, die Demokratien trotz ihrer unterstellten Abneigung gegen die Gewaltanwendung veranlassen, gegen Nichtdemokratien Kriege und andere militärische

Aktionen mit Zwecken zu führen, die nur für Demokratien typisch sind: Zum Schutz von Menschenrechten und zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung rechtsgestützter internationaler Ordnungsprinzipien. Es werden neue Erkenntnisse darüber erwartet, wie die von der Theorie unterstellten Kriegshemmungen nutzenorientierter, normativer und institutioneller Art neutralisiert oder in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Zum anderen sollen die Ursachen für die hohe Varianz ergründet werden, die im Außenverhalten der Demokratien besteht, denn die Demokratien beteiligen sich an solchen militärischen Aktionen in hochgradig unterschiedlicher Frequenz. Aus den vergleichenden Fallstudien werden neue Erkenntnisse über die Ursachen dieser Varianz erwartet. Dabei wird an den ausgewählten Demokratien überprüft, ob die Variablen Machtposition, Allianzverpflichtungen und Rolle für die Verhaltensvarianz verantwortlich sind.

Bearbeiter/innen

Projektleitung: Lothar Brock und Harald Müller; Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen: Anna Geis, Catherine Götze; Doktorandinnen: Daniela Schüngel, Stephanie Sohnus

Laufzeit und Finanzierung

Die Vorarbeiten begannen im Herbst 2002 und wurden aus HSFK-Mitteln finanziert. Für den Forschungszeitraum 01.11.2004-30.10.2006 wurde im Mai 2004 ein Antrag auf Finanzierung durch die DFG gestellt.

Literaturverzeichnis

- Auerswald, David (2000): *Disarmed Democracies: Domestic Institutions and the Use of Force*, Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements. In: *Annual Review of Sociology*, 26: 611-639.
- Bennett, Andrew/George, Alexander (1997): Case Study Methods and Research on the Democratic Peace, Paper presented at the APSA Convention Washington D.C. August 1997.
- Benoit, Kenneth J. (1996): Democracies Really Are More Pacific (In General): Reexamining Regime Typ and War Involvement, in: *Journal of Conflict Resolution*, 40, 636-657.
- Boekle, Henning/Nadoll, Jörg/Stahl, Bernhard (2000): Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken, Trier, PAFE-Arbeitspaier Nr. 1
- Boekle, Henning/Nadoll, Jörg/Stahl, Bernhard (2001): Nationale Identität, Diskursanalyse und Außenpolitikforschung: Herausforderungen und Hypothesen, Trier, PAFE-Arbeitspapier Nr. 4
- Bothe, Michael (2001): Friedenssicherung und Kriegsrecht, in: Vitzthum, Wolfgang Graf von (Hg.): *Völkerrecht*, Berlin, New York: de Gruyter, 603-680.
- Bremer, Stuart (1992): Dangerous Dyads: Conditions Affecting the Likelihood of Interstate War, 1816-1965, in: *Journal of Conflict Resolution*, 36:2, 309-341.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James D./Siverson, Randolph M./Smith, Alastair (1999): An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: *American Political Science Review*, 93:4, 791-807.
- Bueno de Mesquita/Lalman, David (1992): *War and Reason: Domestic and International Imperatives*. New Haven: Yale UP.
- Chafetz, Glenn/Abramson, Hillel/Grillot, Suzanne (1997): Culture and National Role Conceptions: Belarusion and Ukrainian Compliance with the Nuclear Nonproliferation Regime. In: Hudson, Valerie (Hg.): *Culture & Foreign Policy*. Boulder/ London: Lynne Rieder Publishers.
- Chan, Steve (1984): Mirror, Mirror on the Wall...Are the Freer Countries More Pacific?, in: *Journal of Conflict Resolution* 28:4, 617-646.
- Chan, Steve (1997): In Search of the Democratic Peace: Problems and Promise, in: *Mershon International Studies Review* 41:1, 1997, 59-91.

- Chojnacki, Sven (2003): Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, WZB-Discussionpaper P 2003-304, Berlin, Juli 2003.
- Cohen, Raymond (1994): Pacific Unions: A Reappraisal of the Theory that Democracies do not go to War with each other, in: *Review of International Studies*, 20, 207-224.
- Coker, Christopher (2002): Towards post-human warfare: Ethical Implications of the Revolution in Military Affairs, in: *Friedens-Warte*, 77:4, 399-410.
- Collier, David (1993): The Comparative Method. In: Finifter, Ada W. (Hg.): *Political Science. The State of the Discipline*. Washington: American Political Studies Association.
- Czempiel, Ernst-Otto (1981): *Internationale Politik. Ein Konfliktmodell*, Paderborn: Schoeningh.
- Czempiel, Ernst-Otto (1986): *Friedensstrategien*, Paderborn
- Czempiel, Ernst-Otto (1996): Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3:1, 79-101.
- Desch, Michael C. (2002): Democracy and Victory: Why Regime Type Hardly Matters, in: *International Security*, 27: 2, 5-47.
- Dixon, William J. (1994): Democracy and the Peaceful Settlement of International Conflict, in: *American Political Science Review* 88:1, 14-32.
- Dixon, William J./Senese, Paul D. (2002): Democracy, Disputes, and Negotiated Settlements, in: *Journal of Conflict Resolution*, 46:4, 547-571.
- Doyle, Michael (1983a): Kant, Legal Legacies, and Foreign Affairs, Part 1, in: *Philosophy and Public Affairs*, 12:1, 205-135.
- Doyle, Michael (1983b): Kant, Legal Legacies, and Foreign Affairs, Part 2, in: *Philosophy and Public Affairs*, 12:4, 323-353.
- Doyle, Michael (1986): Liberalism and World Politics, in: *American Political Science Review*, 80, 1151-1161.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias (2002): Alles nur Rhetorik? Der ideelle Vorder- und Hintergrund der deutschen Debatte über die EU-Osterweiterung. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 9 (2): 209-252.
- Eilders, Christiane/Lüter, Albrecht (2002): Gab es eine Gegenöffentlichkeit während des Kosovo-Krieges? Eine vergleichende Analyse der Deutungsrahmen im deutschen Mediendiskurs, in: Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hg.): *Medien zwischen Krieg und Frieden*, Baden-Baden, 103-122.
- Elman, Miriam F. (Hg.) (1997): *Paths to Peace: Is Democracy the Answer?* Cambridge, Mass.
- Elman, Miriam F. (1997a): Introduction: The Need for a Qualitative Test of the Democratic Peace Theory, in: Elman 1997, 1-57.
- Elman, Miriam F. (2000): Unpacking Democracy: Presidentialism, Parliamentarism, and Theories of Democratic Peace, in: *Security Studies*, 9:4, 91-126.
- Fearon, James D. (1994): Domestic Political Audiences and the Escalation of International Disputes, in: *American Political Science Review* 88: 3, 577-592.
- Fearon, James D. (1995): Rationalist Explanations for War, in: *International Organization* 49:3, 379-414.
- Foucault, Michel (1989): *The Archaeology of Knowledge*, London: Routledge.
- Forsythe, David (1992): Democracy, War, and Covert Action, in: *Journal of Peace Research*, 29:4, 385-395.
- Freedom House (1990ff): *Freedom in the World. The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*, New York.
- Frenkler, Ulf/ Harnisch, Sebastian/Kirste, Knut/Maull, Hanns W./Wallraf, Wolfram (1997): DFG Projekt Zivilmächte. Schlußbericht und Ergebnisse. Deutsche, amerikanische und japanische Außenpolitikstrategien 1985-1995: Eine vergleichende Untersuchung zu Zivilisierungsprozessen in der Triade.
- Früh, Werner (2001): *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Gallus, Alexander/Lühe, Marion (1998): *Öffentliche Meinung und Demoskopie*, Opladen: Leske und Budrich.
- Gartner, Scott S./Segura, Gary M. (2001): War, Casualties, and Public Opinion. In: *Journal of Conflict Resolution*, 42 (3): 278-300.
- Gaubatz, Kurt (1996): Democratic States and Commitment in International Relations, in: *International Organization*, 50:1, 109-139.
- Gaubatz, Kurt (1999): *Elections and War: The Electoral Incentive in the Democratic Politics of War and Peace*, Stanford: Stanford UP.
- Geis, Anna (2001): Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den „Demokratischen Frieden“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 42:2, , 283-298.

- Gelpi, Christopher/Grieco, Joseph (2001): Attracting Trouble. Democracy, Leadership Tenure, and the Targeting of Militarized Challenges, in: *Journal of Conflict Resolution*, 45:6, 794-817.
- George, Alexander L. (1979): Case Studies and Theory Development: The Method of Structured, Focused Comparison. In: Lauren, Paul G. (Hg.): *Diplomacy. New Approaches in History, Theory, Policy*. New York: Free Press.
- Giegel, Hans-Joachim (1999): Moralische Orientierungen im politischen Prozess, in: Greven, Michael Th./Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): *Politische Theorie – heute. Ansätze und Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, 177-213.
- Gleditsch, Nils Petter/Wallensteen, Peter/Eriksson, Mikael/Sollenberg, Margareta/Strand, Havard (2002): Armed Conflict 1946-2001: A New Dataset, in: *Journal of Peace Research*, 39:5, 615-637.
- Gowa, Joanne (1995): Democratic States and International Disputes, in: *International Organization*, 49 (3), 1995, 511-522.
- Hagan, Joe D. (1994): Domestic Political Systems and War Proneness, in: *Mershon International Studies Review*, 38, 183-207.
- Hagan, Joe D. (2001): Does Decision Making Matter? Systemic Assumptions vs. Historical Reality in International Relations Theory. In: *International Studies Review*, Special Issue: Leaders, Groups, and Coalitions: Understanding the People and Processes in Foreign Policymaking, 5-46.
- Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. (2001a) (Hg.): *Germany as a Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic*, Manchester, N.Y.
- Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. (2001b): Conclusion: ‚Learned ist lesson well?‘ Germany as a Civilian Power ten years after unification, in: Harnisch/Maull 2001, 128-156.
- Harnisch, Sebastian (2002): Außenpolitiktheorie nach dem Ost-West-Konflikt: Stand und Perspektiven der Forschung, *Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik* Nr. 7 (September 2002), Universität Trier.
- Hasenclever, Andreas (2002): Sie bewegt sich doch. Neue Erkenntnisse und Trends in der quantitativen Kriegsursachenforschung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 9:2, 331-364.
- Hasenclever, Andreas (2003): Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen: Leske und Budrich, 199-225.
- Hensel, Paul R./Goertz, Gary/Diehl, Paul F. (2000): The Democratic Peace and Rivalries, in: *Journal of Politics*, 62:4, 1173-1188.
- Hermann, Margaret G./Kegley, Charles W. (2001): Democracies and Intervention: Is there a Danger Zone in the Democratic Peace? in: *Journal of Peace Research*, 38:2, 237-245.
- Holsti, Kalevi J. (1970): National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly*, 14:3, 233-309.
- Huth, Paul/Allee, Todd (2002a): Domestic Political Accountability and the Escalation and Settlement of International Disputes. In: *Journal of Conflict Resolution*, 46 (6): 754-790.
- Huth, Paul K./Allee, Todd L. (2002b): *The Democratic Peace and Territorial Conflict in the Twentieth Century*, Cambridge: CUP.
- Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (2003): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität*, Münster: Lit
- Kahl, Colin (1998/99): Constructing a Separate Peace. Constructivism, Collective Liberal Identity, and Democratic Peace, in: *Security Studies*, 8:2/3, 94-144.
- Kant, Immanuel, (1777) (1795): Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Weischedel, Wilhelm (Hrsg.): *Immanuel Kant Werkausgabe*, Bd. 11: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik*, Frankfurt a.M., 195-251.
- Keck, Margaret/Sikkink, Kathryn (1998): *Activists Beyond Borders. Transnational Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca: Cornell UP.
- Kegley, Charles W./Hermann, Margaret G. (1996): How Democracies Use Intervention: A Neglected Dimension in Studies of Democratic Peace, in: *Journal of Peace Research*, 33: 3, 309-322.
- Kirste, Knut/Maull, Hanns W. (1996): Zivilmacht und Rollentheorie. In: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, 3 (2): 283-312.
- Kriesi, Hanspeter (2001): Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess. Ein konzeptueller Rahmen für ein international vergleichendes Forschungsprojekt. *WZB discussion paper*, P 01-701.
- Kromrey, Helmut (2000): *Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung*, Opladen.
- Kuhlmann, Jürgen/Callaghan, Jean (Hg.) (2000): *Military and Society in 21st Century Europe. A Comparative Analysis*, Hamburg: Litverlag.

- Lake, David (1992): Powerful Pacifists: Democratic States and War, in: *American Political Science Review*, 86:1, 24-37.
- Larsen, Henrik (1999): British and Danish European Policies in the 1990s: A Discourse Approach, in: *European Journal of International Relations*, 5:4, 451-483.
- Layne, Christopher (1994): Kant or Cant? The Myth of the Democratic Peace, in: *International Security* 19:2, 5-49.
- Leeds, Brett Ashley/Davis, David R. (1997): Domestic Political Vulnerability and International Disputes, in: *Journal of Conflict Resolution*, 41:6, 814-834.
- Levy, Jack (2001): War and Peace, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London, 350-368.
- MacMillan John (2003): Beyond the Separate Democratic Peace, in: *Journal of Peace Research*, 40:2, 233-243.
- Maoz, Zeev/Russett, Bruce (1992): Alliance, Contiguity, Wealth, and Political Stability: Is the Lack of Conflict among Democracies a Statistical Artefact?, in: *International Interactions*, 17:3, 245-267.
- Maoz, Zeev/Russett, Bruce (1993): Normative and Structural Causes of the Democratic Peace, 1946-86, in: *American Political Science Review*, 87:3, 624-638.
- Maoz, Zeev (1997): The Controversy over the Democratic Peace: Rearguard Action or Cracks in the Wall?, in: *International Security*, 22 (1), 1997, 162-198.
- March, James G./Olsen, Johan P. (1989): *Rediscovering Institutions*, N.Y.: Free Press.
- Mauß, Hanns W./Stahl, Bernhard (2002): Durch den Balkan nach Europa? Deutschland und Frankreich in den Jugoslawienkriegen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 2002, 43:1, 82-111.
- Meernik, James (2000): Modeling International Crises and the Political Use of Military Force by the USA, in: *Journal of Peace Research*, 37:5, 547-562.
- Meyer, Thomas (2001): *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, Frankfurt a.M.
- Milliken, Jennifer (1999): The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods, in: *European Journal of International Relations*, 5:2, 225-254
- Mölling, Christian/Neuneck, Götz (2002): Informationskriegsführung und das Paradigma der Revolution in Military Affairs, in: *Friedens-Warte*, 77:4, 375-398.
- Morgan, T. Clifton/Campbell, Sally H. (1991): Domestic Structure, Decisional Constraints, and War. So Why Kant Democracies Fight?, in: *Journal of Conflict Resolution*, 35:2, 187-211.
- Müller, Harald (2000): Demokratie ohne Armee? In: Menzel, Ulrich (Hg.), *Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 102-123.
- Müller, Harald (2002): Antinomien des demokratischen Friedens, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 43:1, 46-81.
- Müller, Harald/Schaper, Annette (2003): *US-Nuklearpolitik nach dem Kalten Krieg*, Frankfurt a.M.: HSFK-Report 3/2003.
- Müller, Harald/Schörnig, Niklas (2001): ‚Revolution in Military Affairs‘. Abgesang kooperativer Sicherheitspolitik der Demokratien? Frankfurt a.M., HSFK-Report 8/2001.
- Müller, Harald/Schörnig, Niklas (2002): Mit Kant in den Krieg? Das problematische Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und der Revolution in Military Affairs, in: *Friedens-Warte*, 77:4, 353-374.
- Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*, Reinbek.
- Nadoll, Jörg (2000): *Diskursanalyse und Außenpolitikforschung*, Trier, PAFE-Arbeitspapier Nr. 2
- Nadoll, Jörg (2003): Forschungsdesign – Nationale Identität und Diskursanalyse, in: Joerißen/Stahl 2003, 167-188
- Nielebock, Thomas (1993): Frieden zwischen Demokratien: Ein empirisches Gesetz der Internationalen Beziehungen auf der Suche nach seiner Erklärung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 22, 179-193.
- Owen, John M. (1997): *Liberal Peace, Liberal War: American Politics and International Security*, Ithaca, New York.
- Payne, Rodger (2001): Persuasion, Frames, and Norm Construction, in: *European Journal of International Relations*, 7:1, 37-61.
- Peceny, Mark (1997): A Constructivist Interpretation of the Liberal Peace: The Ambiguous Case of the Spanish-American War, in: *Journal of Peace Research*, 34:4, 415-430.
- Prins, Brandon C./Sprecher, Christopher (1999): Institutional Constraints, Political Opposition, and Interstate Dispute Escalation: Evidence from Parliamentary Systems, 1946-1989, in: *Journal of Peace Research*, 36:3, 271-287.

- Ray, James Lee (1995): *Democracy and International Conflict. An Evaluation of the Democratic Peace Proposition*, Columbia
- Ray, James Lee (2000): *Democracy: On the Level(s), Does Democracy Correlate With Peace?*, in: Vasquez 2000, 299-316.
- Reed, William/Clark, David H. (2000): *War Initiators and War Winners. The Consequences of Linking Theories of Democratic War Success*, in: *Journal of Conflict Resolution*, 44:3, 378-395.
- Rein, Martin/Schön, Donald (1991): *Frame-reflective policy discourse*, in: Wagner, Peter (Hg.): *Social Sciences and Modern States*, Cambridge, 262-289.
- Reiter, Dan/Stam, Allan (2002): *Democracies at War*, Princeton: Princeton UP.
- Risse, Thomas/Ropp, Stephen C./Sikkink, Kathryn (Ed.) (1999): *The power of human rights: international norms and domestic change*. Cambridge : Cambridge U.P.
- Risse-Kappen, Thomas (1994): *Wie weiter mit dem „demokratischen Frieden“?* in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1:2, 367-379.
- Risse-Kappen, Thomas (1995): *Democratic Peace - Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument*, in; *European Journal of International Relations* 1:4, 491-517.
- Rousseau, David L./Gelpi, Christopher/Reiter, Dan/Huth, Paul K. (1996): *Assessing the Dyadic Nature of the Democratic Peace, 1918-88*, in: *American Political Science Review*, 90:3, 512-533.
- Rummel, Rudolph J. (1983): *Libertarianism and International Violence*, in: *Journal of Conflict Resolution*, 27, 27-71.
- Rummel, Rudolph, J.(1979): *Understanding Conflict and War (5 Bände 1975-81), Band 4: War, Power, Peace*; New York, Beverly Hills.
- Russett, Bruce (1993): *Grasping the Democratic Peace*, Princeton.
- Russett, Bruce (1995): *The Democratic Peace – And Yet It Moves*, in: *International Security*, 19:4, 164-175.
- Russett, Bruce/Oneal, John (2001): *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organizations*, N.Y., London: Norton.
- Russett, Bruce/Starr, Harvey (2000): *From Democratic Peace to Kantian Peace*, in: Midlarsky 2000, 93-128.
- Sarkees, Meredith R./Wayman, Frank W./Singer, David J. (2003): *Inter-State, Intra-State, and Extra-State Wars: A Comprehensive Look at Their Distribution over Time, 1816-1997*, in: *International Studies Quarterly*, 47:1, 49-70.
- Schmidt, Manfred G. (2000): *Demokratietheorien*, 3. Auflage, Opladen: Leske & Budrich.
- Schrader, Lutz (2003): *Die Theorie des „demokratischen Friedens“ – Grundriss für eine sozialkonstruktivistische Reformulierung*, in: Calließ, Jörg/Weller, Christoph (Hrsg.): *Friedenstheorie. Fragen, Ansätze, Möglichkeiten*; Loccumer Protokoll 31/03, Loccum, 157-189
- Schwab-Trapp, Michael (2002): *Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999*, Opladen: Leske und Budrich.
- Singer, J. David/Williamson, P./Bradley, C./Jones, D./Coyne, M. (1990): *National Material Capabilities Dataset User's Manual*, <http://cow2.la.psu.edu/>
- Siverson, Randolph M. (1995): *Democracies and War Participation: In Defense of the Institutional Constraints Argument*, in: *European Journal of International Relations*, 1:4, 481-489.
- Snow, David/Benford, Robert (1988): *Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization*, in: Klandermans, Bert u.a. (Hg.): *From Structure to Action. Social Movement Participation Across Cultures*, Greenwich, 197-217.
- Spiro, David E. (1994): *The Insignificance of Liberal Democratic Peace*, in: *International Security* 19:2, 50-86.
- Starr, Harvey (1997): *Democracy and Integration: Why Democracies Don't Fight Each Other*, in: *Journal of Peace Research* 34 (2), 1997, 153-162.
- Tures, John A. (2001): *Democracies as Intervening States: A Critique of Kegley and Hermann*, in: *Journal of Peace Research*, 38:2, 227-235.
- Vanhanen, Tatu (1997): *Prospects of Democracy. A Study of 172 Countries*, London, New York.
- Willems, Ulrich (2003): *Moralskepsis, Interessenreduktionismus und Strategien der Förderung von Demokratie und Gemeinwohl*, in: Willems, Ulrich (Hg.): *Interesse und Moral als Orientierungen politischen Handelns*, Baden-Baden: Nomos, 9-98.
- Wisotzki, Simone (2001): *Die Nuklearwaffenpolitik Großbritanniens und Frankreichs. Eine konstruktivistische Analyse*, Frankfurt a.M., N.Y.